

Zeitschrift: Der Armenpfleger : Monatsschrift für Armenpflege und Jugendfürsorge
enthaltend die Entscheide aus dem Gebiete des Fürsorge- und
Sozialversicherungswesens

Herausgeber: Schweizerische Armenpfleger-Konferenz

Band: 12 (1914-1915)

Heft: 9

Artikel: Schweizerische Kriegsnotunterstützung

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-837648>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Heinrich G. legitimiert und unter diesem Namen in das Bürgerregister von Gommiswald eingetragen wurde. Die Anerkennung des Knäbleins durch K. G. war jedoch, wie sich in dem 1911 angestregten Ehescheidungsprozeß herausstellte, von der Gemeinde Flühli durch Bezahlung einer Abfindungssumme von 300 Fr. erwirkt worden, und die Gemeinde Gommiswald stellte deshalb unterm 23. Dezember 1913 beim Bundesgericht das Begehren, die Ortsbürgergemeinde Fl. sei zu verhalten, den von ihrer Bürgerin B. Nr. am 9. September 1893 geborenen Knaben Heinrich als in Fl. heimatberechtigt anzuerkennen; denn wenn, wie als festgestellt anzunehmen sei, H. G. nicht der Sohn des K. G. sei, so habe er von letzterem auch nicht rechtsgültig legitimiert werden können und sei ungeachtet der erfolgten Legitimation unehelich geblieben, habe folglich auch das Bürgerrecht seiner Mutter in Fl. behalten.

Die Gemeinde Fl. ihrerseits stellte sich auf den Standpunkt, die am 13. Mai 1896 eingetragene Legitimation sei als gültig anzuerkennen, weil die Gemeinde G. die in Art. 262 Z. G. B. festgesetzte Anfechtungsfrist von 3 Monaten nach Bekanntwerden der Tatsache — auch einer vor dem 1. Januar 1912 eingetretenen Tatsache — nicht benutzt habe; H. G. sei somit als eheliches Kind des K. G. zu betrachten und besitze als solches nach Art. 263 und 270 Z. G. B. unwiderruflich das Bürgerrecht von G.

Das Bundesgericht hat mit 4 gegen 3 Stimmen die Klage der Gemeinde Gommiswald gutgeheißен.

Nach Art. 110 B. V. urteilt das B. G. u. a. über Bürgerrechtsstreitigkeiten zwischen Gemeinden verschiedener Kantone, und diese Kompetenz schließt nach ständiger Praxis auch die andere in sich, den für die Entscheidung der Bürgerrechtsfrage maßgebenden Familienstand festzustellen. Die Gemeinde G. brauchte mithin nicht zuerst in einem besonderen Statusprozeß die Legitimation des Kindes anzufechten, sondern konnte deren Unrichtigkeit auch erst im Bürgerrechtsstreit nachweisen.

Zur Sache selbst hat die Legitimation eines Kindes zur unerläßlichen Voraussetzung, daß der legitimierende Ehemann der natürliche Vater des Kindes sei, und da G. dies unzweifelhaft nicht sein kann, ist die von ihm 1896 abgegebene Ehelicherklärung als ungültig zu betrachten; der Knabe bleibt somit das uneheliche Kind der B. Nr. und behält damit deren Bürgerrecht in Flühli.

Da die Eheleute G.-Nr. die Pflicht der Fürsorge für „ihren“ Knaben Heinrich nur ungenügend erfüllten, mußte die Gemeinde Gommiswald in die Lücke treten; für ihre nicht unerheblichen Auslagen besäße sie selbstverständlich einen Rückersatzungsanspruch gegenüber der Gemeinde Flühli. St.

Schweizerische Kriegsnotunterstützung.

Den der interkantonalen Vereinbarung betreffend die wohnörtliche Notunterstützung beigetretenen oder bis 1. Juni nächsthin noch beizutretenden Kantonen, in welchen die Zahl der niedergelassenen nichtkantonsangehörigen Schweizerbürger den Betrag von 25 Prozent der gesamten schweizerischen Wohnbevölkerung des Kantons (nach der Volkszählung von 1910) übersteigt, wird aus dem Notstandsfonds für Hilfsbedürftige ein Beitrag ausgerichtet in der Höhe von 1 Fr. auf den Kopf der nichtkantonsangehörigen schweizerischen Wohnbevölkerung, soweit deren Zahl mehr als 25 Prozent der schweizerischen Wohnbevölkerung des Kantons beträgt.